

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“
Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Verlag: Nagold, Hauptstraße 10. Preis: monatlich 1,80 Mark. Die Anzeigerpreise: Die tägliche Zeitungs- oder Werbefläche 15 Mark, die Reklamezeile 45 Mark. Die Anzeigerpreise sind in der Regel für die ersten 14 Tage gültig. Für längere Anzeigen wird ein besonderer Preis vereinbart. Für telefonische Aufträge werden wir keine Gewähr übernehmen.

Nr. 100

Altensteig Samstag den 1. Mai

1926

Zur Lage.

Der Frühling ist mit Macht über das deutsche Land hergebrochen und streut die Fülle seiner Wunder über uns aus, so daß wir Huttens Wort: Es ist eine Lust zu leben! gerne hören und anwenden. Wenn auch Politik und Wirtschaft in hundertfältiger Not diese Frühlingsstimmung kühlen, sie sollen uns die Freude an der Schönheit der Natur und den Wundern der Schöpfung nicht rauben.

Die letzte Aprilwoche stand in außenpolitischer Beziehung unter dem Eindruck der Veröffentlichung und des Abschlusses des deutsch-russischen Vertrages. Es ist ein Sicherungsvertrag nach dem Osten, ein Gegenstück zu dem Westpakt von Locarno, nur mit dem Unterschied, daß man im Osten eine Neutralitätsabmachung auf Gegenseitigkeit ohne Klauseln und Zusätze vereinbarte, während durch die Locarno-Verträge das Mißtrauen der Westmächte zittert. Der Wert der neuen Abmachung liegt nicht in den gegenseitigen Pflichten und Rechten, sondern in der Betonung des friedlichen Willens beider Mächte, der in den beiden, mit dem Vertrag veröffentlichten Noten zum Ausdruck kommt. Deutschland hat ja mit Rußland seinerzeit in Genoa den Rapallo-Vertrag geschlossen, der mehr wirtschaftlicher Art ist. Er soll weiterhin die Grundlage der deutsch-russischen Beziehungen bilden. Der neue Vertrag bringt die Ergänzung, daß bei politischen Fragen, die beide Länder gemeinsam betreffen, eine freundschaftliche Verständigung angestrebt wird. In seinen Artikeln zerstreut der Vertrag die Bedenken, die in Rußland durch die Abmachungen in Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund entstanden sind. Deutschland kann nicht gezwungen werden, einer Völkerbundsaktion gegen Rußland Truppen zur Verfügung zu stellen oder deutsches Gebiet zum Durchmarsch herzugeben. Deutschland und Rußland versichern sich gegenseitige Neutralität bei Angriffen von dritter Seite, auch bei wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, die von dritter Seite oder vom Völkerbund etwa beschlossen werden sollten. Deutschland verpflichtet sich, gegen ein friedfertiges Rußland an seiner feindseligen Handlung teilzunehmen. Die Entscheidung darüber, ob Rußland einen Krieg begonnen hat, steht bei Deutschland selbst und nicht beim Völkerbund. Mit dem neuen Vertrag wird zugleich angekündigt, daß zwischen den beiden Ländern in nächster Zeit auch ein Schiedsgerichtsvertrag vereinbart werden soll.

Das Echo auf den deutsch-russischen Vertrag im Ausland war sehr verschiedenartig. Bisher lagen nur zwei amtliche Äußerungen vor. Chamberlain hat erklärt, daß der Vertrag dem Frieden im Osten diene, im übrigen hat er sich auf die noch folgende Prüfung der Dokumente berufen. Der belgische Außenminister Vanderveelde hat in einer Rede ausgeführt, daß der Vertrag in keiner Weise gegen Geist und Buchstaben von Locarno verstoße. Die Pläne der Bildung eines europäisch-rußlandfeindlichen Blocs würden durch ihn durchbrochen. Inzwischen hat sich im Laufe der Woche in der Presse in Paris und teilweise auch in London gezeigt, daß amtliche Beeinflussungen vorliegen, die an dem Vertrag allerlei auszuliegen haben. Es wird der Versuch gemacht, den Vertrag als eine Gefahr für Locarno und den Völkerbund darzustellen. Daß die nationalistische Presse in Paris von allem Anfang in dieser Richtung wirkte, ist leicht verständlich. Aber auch Blätter wie die „Ere Nouvelle“, die sonst eine verhältnismäßig politische gegenüber Deutschland betreibt, beteiligt sich jetzt an der Hetze. In „Echo de Paris“ schreibt Verlinar, das französische Außenministerium schließt gegenüber dem ersten Ereignis absichtlich die Augen. Es erklärt heute noch deutlicher als früher, daß Deutschland im September in den Völkerbund aufgenommen werden müsse. Vor einiger Zeit hätte Briand Verträge mit Belgrad und Bukarest abschließen können. Er habe aber die Entscheidung verweigert, weil er die deutsch-russische Annäherung nicht habe beschleunigen wollen. Briand müsse jetzt das Versäumte nachholen, denn es bestehe gerade jetzt die Möglichkeit, mit Bukarest nützliche Verhandlungen zu beginnen. Im übrigen scheint festzustehen, daß nun ein amtlicher Schritt von Paris aus erfolgt. Nach den französischen Blätterstimmen will man versuchen, einen Gedankenaustrausch zwischen Paris, London, Brüssel, Rom, Warschau, Prag und dem Generalsekretariat des Völkerbundes in die Wege zu leiten, um zu unteruchen, ob die Interpretation Stresemanns für Deutschlands Verpflichtungen aus den Artikeln 16 und 17 des Völkerbundsstatuts nicht im Widerspruch zu den Abmachungen von Locarno stehen und zu der Erklärung, die die Ratomächte dem Pakt beigefügt haben. „Echo de Paris“ findet den Artikel 3 des Berliner Vertrages ungewöhnlich zynisch und stellt die Frage, ob man angesichts dessen Deutschland als Mitglied in den Völkerbund aufnehmen könne, da dieser Artikel das Vertrauen auf den guten Glauben erschüttere. In dieser ganzen Kritik kann man nur achselzuckend erklären: Wie man es auffaßt. Wir haben in der Tat kein anderes Verbrechen in diesem Vertrag zum Ausdruck gebracht, als das,

dem Frieden zu dienen. Und wenn wir überhaupt dieses Bestreben realisieren wollen, dann müssen wir zu entsprechenden Abmachungen mit unserem größten und für die Weltpolitik entscheidenden östlichen Nachbarn kommen, nämlich mit Rußland. Interessant ist, daß mit diesem Vertrage Deutschland, wenn es im Völkerbundsrat sitzen werde, als Anwalt Rußlands auftreten würde. Das ist wahr und richtig in dem Sinne, daß wir dem Frieden mit Rußland das Wort zu reden haben werden, falsch aber in dem Sinne, daß wir, ähnlich etwa wie Frankreich für Polen, uns für machtpolitische Aspirationen Rußlands je einsetzen werden.

In der deutschen Innenpolitik stehen die Verhandlungen des Reichstags über die Fürstenabfindung im Vordergrund. Die Krisengerüchte schwollen in dieser Woche an, sind aber wieder stiller geworden, da man nach dem ersten Scheitern die Verhandlungen über das Kompromiß wieder zu Beratungen im Rechtsausschuß des Reichstags auf neuen Grundstufen gekommen ist. Die Fürstenabfindungsfrage ist gerade auch den Antrag der Demokraten, in den Entleerungs- und eine Bestimmung hineinzuarbeiten, die die Länder verpflichten, den ehemaligen Fürsten eine angemessene Lebenshaltung zu gewähren, von neuem zugelassen worden. Jedenfalls hat es den Anschein, als ob es den Regierungsparteien nicht gelingen wird, dem Entleerungsantrag noch vor dem Volksentscheid ein Kompromiß entgegenzusetzen, das eine Mehrheit im Reichstag findet. Wir erwarten das auch nicht für ein entscheidendes Unglück, denn die Karle Parole in der sehr verwickelten Frage ist für die Masse des Volkes unseres Erachtens ein klares Ja oder Nein für die entschuldigungslose Entleerung. Der Ausgang des Volksentscheides darüber dürfte die Ausschichten der Regierungsparteien für ein maßvolles, den Interessen der Fürsten und der Allgemeinheit einigermaßen gerecht werdendes Kompromiß überdies eher verstärken als vermindern. Die Entscheidung über das sogenannte Fürstenkompromiß ist deshalb erst für die kommende Woche zu erwarten.

Eine Art Krise hat auch die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held in Regensburg heraufgeführt. Er kritisierte scharf die auswärtige Politik der Reichsregierung und erteilte Ratschläge an Stresemann. Diese neue Extraktur Helds ist umso auffälliger, als sie erfolgte, kurz bevor die Reichsregierung im Auswärtigen Ausschuß zu ihrem Vertrage mit Rußland die Zustimmung aller Parteien fand, und weil Held selbstverständlich wußte, daß die Unterzeichnung des Vertrages, dessen Inhalt ihm überdies bekannt war, unmittelbar bevorstand. Die Reichsregierung soll nach München eine Beschwerde gerichtet haben. Wenn irgendeine Angelegenheit des Reiches eine zentrale Behandlung erheischt, dann ist es die auswärtige Politik. Die Angriffe Dr. Helds gegen die Regierungspolitik sind umso bedauerlicher und gefährlicher, als Held zugleich Führer einer Regierungspartei ist. Das Problem Reich und Länder, das so viele Verwicklungen in sich birgt, wird demnächst wieder aufgerollt werden; die letzte Kanzlerreise nach München sollte seiner Klärung dienen. Ist die Rede Helds zugleich ein Ausdruck der Enttäuschung über diesen Kanzlerbesuch? Die Frage wird sich erst dann beantworten lassen, wenn man, was hoffentlich recht bald der Fall ist, die sogenannte zweite bayerische Denkschrift vor Augen hat.

Die Verabschiedung des Duellgesetzes im Reichstag gegen die Linke hat wenigstens einen Konfliktstoff beseitigt. Die Aenderung besteht im wesentlichen darin, daß bei Zweikampf auf Dienstentlassung erkannt werden kann, aber nur in besonders schweren Fällen erkannt werden muß.

Ueber die deutsche Wirtschaft hat sich Reichsfinanzminister Dr. Luther auf dem deutschen Industrie- und Handelstag ausgesprochen. Aus der Rede des Reichsfinanzministers klingt die notwendige Dosis Optimismus, ohne die kein Kaufmann leben und Geschäfte machen kann, und aus der Rede des Herrn von Siemens ein praktischer Weg, die Schwierigkeiten der augenblicklichen Wirtschaftslage zu überwinden. Gewiß, eine ganze Reihe von Hemmnissen, die der deutschen Wirtschaft bei ihrer Entfaltung im Weg stehen, werden sich nur durch Verhandlungen auf internationaler Basis aus dem Weg räumen lassen. Insofern stellt die Tagung des vorbereitenden Ausschusses der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf das notwendige Gegenstück dar zu den Verhandlungen auf der Völkerversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages. In Genf hat der Staatssekretär Trendelenburg die deutschen Ansichten über eine Behebung der weltwirtschaftlichen Krise klar zum Ausdruck gebracht, und in Berlin hat die Reichsfinanzkommission und die Aussprache auf der 48. Völkerversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages dazu beigetragen, Klarheit in die aktuellen Wirtschaftsprobleme zu tragen. Wenn nicht alles trügt, stehen die Verhandlungen, die in Paris über ein deutsch-französisch-luxemburgisches Eisenabkommen geführt werden, vor dem Abschluß. Es wird sich in dem abzuschließenden Vertrag darum handeln, ein Eisenkontingent festzusetzen, das Frankreich und Luxemburg nach Deutschland einführen dürfen.

Daß endlich die monatelangen andauernden Verhandlungen in Paris über die deutsche Luftfahrt vor dem Abschluß stehen, durch die der deutsche zivile Flugverkehr aller Beschränkungen und Einengungen entbunden wird, kann besonders begrüßt werden.

Neues vom Tage

Dr. Marx Vorsitzender der Zentrumsfraktion

Berlin, 30. April. In einer Sitzung der Zentrumsfraktion wurde Reichsjustizminister Dr. Marx einstimmig zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt. Die Annahme der Wahl durch Dr. Marx ist sicher. Es siehe jedoch, wie von parlamentarischer Seite vermerkt wird, noch nicht der Zeitpunkt fest, an dem er seinen Ministerposten zur Verfügung stellen werde. Als Nachfolger ins Amt des Reichsjustizministers würde von der Zentrumsfraktion des Reichstages Dr. Bell vorgeschlagen werden. An die Stelle Bells als Vizepräsidenten werde voraussichtlich der Abgeordnete Eiser treten.

Stresemann spricht im Rundfunk

Berlin, 30. April. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird Samstag abend 7.45 Uhr im Rundfunk über den Berliner Vertrag mit Rußland sprechen.

Auflösung des mecklenburgischen Landtags

Schwerin, 30. April. In der Landtagsitzung ergaben die Verhandlungen zur Regierungserklärung gegen die von den Völkischen unterstützten Forderungen der Güstrower Landwirtesversammlung, daß die übrigen Rechtsparteien und die Regierung auf voller Anerkennung der Regierungserklärung beharren. Eine nur bedingte Bereitschaft der Völkischen zur Wiederwahl der zurückgetretenen Regierung genügt weder den Deutschnationalen, noch der Regierung selbst. Nach längerer Debatte wurde auf Antrag der Deutschnationalen einstimmig, auch von den Völkischen, beschlossen, den Landtag zum 20. Juni aufzulösen.

Die Herabsetzung der hohen Zinssätze

Berlin, 30. April. Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages behandelte einen völkischen Antrag, der eine Rotverordnungsform fordert, durch die die heutigen ungeheuren Zinsen im Geldverkehr auf ein der allgemeinen wirtschaftlichen Lage entsprechendes Maß zurückgedrängt werden und eine darüber hinausgehende Zinsnahme als Wucher bzw. Kettenhandel bestraft wird. Ein Vertreter des Ernährungsministeriums teilte mit, die Schulden der Landwirtschaft betragen etwa 2 Milliarden. Jede Herabsetzung der Zinssätze um 10 Prozent bedeutet für die Landwirtschaft eine jährliche Ersparnis von 20 Millionen. Der Ausschuß lehnte schließlich den völkischen Antrag ab und nahm dafür eine deutschnationale Entschließung an, die die Reichsregierung ersucht, mit Unterstützung der Reichsbank und der Rentenbankkreditanstalt mit allem Nachdruck auf eine wesentliche Ermäßigung der Zinsspanne hinzuwirken.

Abschluß der Weltwirtschaftskommission

Genf, 30. April. Die drei Ausschüsse der Kommission für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz haben bis Freitag mittag ihre Arbeiten im wesentlichen beendet. Sie traten Freitag nachmittag zu einer Geheim Sitzung zusammen, um dann am Samstag vormittag öffentlich zu tagen. Eine neue Zusammenkunft ist für den Oktober 1928 vorgesehen.

Das französisch-amerikanische Schuldenabkommen

Paris, 30. April. Das Abkommen über die französischen Schulden an Amerika, das abgeschlossen worden ist, sieht folgende Regelung vor: Für die ersten zwei Jahre bezahlt Frankreich 30. in den folgenden zwei Jahren 32,5 Millionen Dollar. Von da ab erhöhen sich die Jahreszahlungen langsam bis zu 125 Millionen Dollar. Die Gesamtschuld Frankreichs ist auf 6 Milliarden 827 Millionen Dollar berechnet worden. Die Zinszahlungen beginnen mit dem Ende des fünften Jahres. Sie betragen für die ersten zehn Jahre 1 Prozent und erhöhen sich im Laufe der folgenden 20 Jahre nach und nach auf 3,5 Prozent.

Die Friedensverhandlungen in Udjda vor dem Abbruch

Paris, 30. April. Die Blätter erklären übereinstimmend, daß der Abbruch der Konferenz von Udjda so gut wie sicher sei und daß die Kämpfe in den Risgebieten in aller Kürze wieder aufgenommen würden, wenn nicht ein unvorhergesehenes Ereignis eintrete. Die gestrige Sitzung wurde abends 6.30 Uhr wieder aufgenommen. Inzwischen hatten sich die französischen und die spanischen Delegierten über den

lehten Gegenvorschlag der Abfertiger verständigt, der sich auf die Autonomie des Riffs bezog. Die französischen und spanischen Delegierten haben beschlossen, der Riffdelegation eine Frist von 48 Stunden zu stellen, nach deren Ablauf sie mit Ja oder Nein auf die Bedingungen antworten sollen. Die Vorschläge der Franzosen und Spanier bedeuteten aber eine verschleierte militärische Befehung. Auch die spanischen Truppen haben eine Vorwärtsbewegung durchgeführt und stehen mit den französischen Posten in Verbindung.

Eine letzte Frist für die Vertreter Abd-el-Krims
Paris, 30. April. Ministerpräsident Briand hat heute vormittag den Kriegminister Painlevé empfangen, der beim Verlassen des Quai d'Orsay Pressevertretern erklärte, man habe sich den Riffdelegierten gegenüber so entgegenkommend wie möglich gezeigt. Man habe ihnen sogar gestattet, noch ein letztes Mal mit Abd-el-Krim zu konferieren, bevor sie eine endgültige Antwort auf die französisch-spanischen Vorschläge erteilen. Die Riffdelegierten würden sich in das Rifgebiet begeben und am 2. oder 3. Mai in Udscha wieder eintreffen. Das sei die letzte Frist, die man ihnen bewilligen könne. Weiter könne man nicht gehen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 1. Mai 1926.

Ein bemerkwürdiger Tag. Am 1. Mai 1851 eröffnete in Altensteig eine Postexpedition ihre Wirksamkeit; sie wurde durch eine Karriolpost mit Nagold in Verbindung gesetzt. — Die Postexpedition Altensteig wurde dem Germ.-Alt. Pfänder von der Oberpostdirektion Frankfurt a. Main als der Generaldirektion der Königl. Württ. Posten übertragen. Im Jahre 1852 ging die Turn- und Taxische Postverwaltung bekanntlich an den württembergischen Staat über.

Gemeinderatsitzung vom 28. April. Anwesend: der Vorsitzende und 11 Mitglieder, einschuldtig Afermann, Wieland und Kallenbach. Genehmigung eines Stammholzverkaufs vom 23. April mit 1287 Festmeter und einem Erlös von 35 755 RM., gleich 125,4 Prozent der Fortschreibung. — Förster Röhle in Hünfbronn sucht um Verlegung nach Altensteig nach. Dem Gesuch kann, weil noch nicht spruchreif, s. St. nicht stattgegeben werden. Dagegen soll seines 23jährigen Dienstjubiläums in ehrender Weise gedacht werden. — Die Vorberatung des Gemeindehaushalts 1926, die erstaufläufiger aber auch notwendigerweise diesmal rechtzeitig ermöglicht wurde, nahm geraume Zeit in Anspruch. Obwohl jede Position aufs schärfste unter die Lupe genommen und da und dort gestrichen wurde, zeigte der Voranschlag im Schlussergebnis ein Bild, das wie ein kalter Guß wirkte. Die endgültige Feststellung des Voranschlags auf Grund der heutigen Beschlüsse erfolgt in nächster Sitzung, worauf dann Einzelheiten des Voranschlags veröffentlicht werden. Unter dem Eindruck dieser Voranschlagsresultate wird für die nächsten Jahre eiserne Sparsamkeit die Lösung sein müssen. — Auf den letzten, in der Postplatzfrage in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusse ist eine Antwort der Oberpostdirektion mit dem Ersuchen um nochmalige Stellungnahme eingelaufen. Die ziemlich heftige Aussprache brachte zwar Klarheit in den weissen Punkten, ohne jedoch die Sache selbst einen Schritt vorwärts zu bringen. Schließlich wurde ein als Antwort an die Oberpostdirektion gedachter Antrag Zimmermann mit folgendem Wortlaut: „Nachdem sich die Oberpostdirektion unter Umgehung des Gemeinderats für das Lindenprojekt entschieden hat, erübrigt es sich für den Gemeinderat, Wünsche in dieser Sache zu äußern. Im Uebrigen überläßt es der Gemeinderat dem Kronenwirt Zeitbörs, seine Ansprüche gegenüber der Oberpostdirektion selbst geltend zu machen“, mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Gegenantrag Wolf, die Platzfrage zu Gunsten des Marktprojektes endgültig zu entscheiden, dagegen eine Kommission zu bestellen, die auf gutlichem Weg die Rückverwendung des Kronenanwehens für Kronenwirt Zeitbörs zu einem angemessenen Kaufpreis herbeiführen soll, war damit abgelehnt.

Arbeitsmarktlage des Bezirks Nagold im April 1926. Die Lage des Arbeitsmarktes ist noch weiterhin ungünstig, besonders im Vergleich mit dem Vorjahre. Die Zahl der Erwerbslosen ist zwar etwas zurückgegangen, in der Hauptsache in den kleineren Gemeinden, weil dort durch die beginnenden Feldarbeiten verschiedene Erwerbslose der Landwirtschaft zugeführt werden konnten. Die Arbeitsmarktlage in der Möbelindustrie ist unverändert. Zu bemerken ist jedoch, daß die Kurzarbeiter zum größten Teil wieder Vollarbeit haben. Die Entwicklung der Lage im Baugewerbe ist immer noch unbefriedigend. Der Stand der Erwerbslosen ist am 1. Mai 1926 202 Hauptunterstützungsempfänger und 30 Notstandsarbeiter (gegen dem Vormonat 298 Hauptunterstützungsempfänger und 35 Notstandsarbeiter).

Wiederherstellung der Jahrespriermäßigung für Jugendpflege. Durch die Bemühungen des Reichsministeriums des Innern, die von den übrigen beteiligten amtlichen und nichtamtlichen Stellen nachdrücklich unterstützt wurden, ist erreicht worden, daß die Jahrespriermäßigung zugunsten der Jugendpflege vom 1. Mai ab wieder auf 50 Prozent festgesetzt worden ist.

Geistliche Miete für den Monat Mai. Die geistliche Miete beträgt in Württemberg für den Monat Mai unbeeinträchtigt 100 Prozent der Friedensmiete.

Sonntagsruckschiffahrt. Sonntagsruckschiffahrt werden nur in bestimmten Verbindungen ausgegeben. Die ver-

längerte Geltungsdauer über Sonn- und Feiertag hinaus gilt daher in Fällen, wo zur Erreichung des Ziels (Ausflugs-) Ziels mehrere aneinander anschließende Sonntagsruckschiffahrtarten gelöst wurden, nur in der Weise, daß auch mit der letzten anschließenden Sonntagsruckschiffahrt die Rückreise am Tage nach einem Sonn- oder Feiertag vor 9 Uhr vormittags angetreten sein muß. Beispielsweise ist es nicht zulässig, mit Sonntagsruckschiffahrtarten Heilbronn—Stuttgart und Stuttgart—Schwenningen die Rückreise nach Heilbronn am Montag vormittag mit der Sonntagsruckschiffahrt Heilbronn—Stuttgart erst mit einer nach 9 Uhr vormittags in Stuttgart nach Heilbronn abgehenden Tagesfortschreibung, auch wenn die Rückreise ab Schwenningen vor 9 Uhr angetreten wurde und ohne Unterbrechung bis Heilbronn fortgesetzt wird.

Der Mai. Der Mai ist gekommen — die Wärme schlugen aus, da bleibe, wer Lust hat, mit Sorgen zu Haus! Es singt ein bekanntes Volkslied unbekümmert, und besonders die Schlafperle kennzeichnen treffend die frische, fröhliche Wanderlust, zu der die Jugendstunde, in softigen, leuchtenden Farben prangende Natur im Mai anregt. Die Sonne kämpft mit dem ungehörigen Volk der Aprilwolken und der Mai wird ihr zum Sieg verhelfen und damit alle Frühlingssonne in der menschlichen Brust wecken. Nicht umsonst hat der Volksmund aus dem althochdeutschen „Winnemonat“, das eigentlich Weidemonat bedeutet, als dem Beginn der Weidzeit, eine Umdeutung zu Winnemonat vorgenommen, entspricht doch diese Bezeichnung in viel höherem Maße als die speziellere, einseitigere Weidemonat, dem ganzen Vorstellungsinhalt, den das Naturgefühl des Volkes mit dem Mai verbindet und den Weibel in die Verse gegossen hat: „Da wachet die Erde gründer auf — weiß nicht wie ihr geschehen — und laßt in den sonnigen Himmel hinauf — und möchte vor Lust vergehen.“

Nagold, 1. Mai. (Vom Rathaus.) Gemeinderatsitzung vom 28. April 1926. In der letzten Gemeinderatsitzung teilte der Vorsitzende einen Erlaß des Oberamts über den Stand der Steuerablieferung mit, in welchem mit allem Nachdruck auf die Bereinigung der Steuerrückstände hingewiesen wird. Wo nicht besonderer Kosthand vorliegt, muß für die Rückstände aus dem Steuerjahr 1925 das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden. — Beim Brennholzverkauf aus Dittlitz Hölle sind für 74 Km. Kadelholzbeigeholz 1030 Mark 90 Pfg. im Durchschnitt 13,90 Mark für einen Km., erzielt worden. Eine Anzahl kleinerer Arbeiten hat das Stadtbauamt vergeben, wobei zum Teil erhebliche Unterschiede in den Angeboten zu Tage getreten sind. — Lust Sonnen- u. Flußbad. Die Bestrebungen, bessere Sonnen- und Schwimmbad-Verhältnisse in Nagold zu erhalten, treten seit Kriegsende immer stärker zu Tage und werden durch die Anschauungen in sachärztlichen Kreisen über den großen Wert speziell des Luft- und Sonnenbades bekräftigt. Tatsächlich ist ja das Frauenbad schlecht und unbrauchbar, dagegen ist das Männerbad recht wohl benutzbar, nur fehlt ihm die Gelegenheit zu Luft- und Sonnenbädern. Eine Gelegenheit zu schaffen, die allen modernen Anforderungen genügt und nicht zu hohe Kosten beansprucht, ist nicht so leicht. Mehrere Vereine haben im Vorjahr einen konkreten Plan mit Kostenvoranschlag über ein solches Bad beim neuen Sportplatz in der Calwerstraße mit einem Aufwand von 2204 Mark vorgelegt. Der Plan mit der idealen Lage des Platzes fand auch am 22. Juli 1925 den Beifall des Gemeinderats, nur wurden Bedenken laut, ob die einige 100 Meter oberhalb in die Nagold einmündenden Abwässerkanäle das Flußwasser nicht erheblich beschmutzen und eine Gefahr für die Gesundheit bedeuten. Der Oberamtsarzt hatte schon bei der Gemeinderatsitzung im November v. J. erhebliche Bedenken und in einem schriftlichen Gutachten von 1926 kam er zu dem Ergebnis, daß, wenn es nicht möglich ist, die Abwässer der Stadt in einem Kanal oder in einer Rohrleitung entlang der Nagold am Sportplatz vorbeizuführen — was eine ganz befriedigende Lösung wäre — der Stadt dringend zu empfehlen, die Flußbäder oberhalb der Stadt entsprechend dem Vorschlag 2 (oberhalb des Kaiserlichen Wehres bis zur Kesselgrube) anzulegen. Nach der Aeußerung des Stadtbauamts bedingt die Einleitung der Kanäle unterhalb der Sportplätze in die Nagold die Verlängerung des Abwässerhauptkanals in der Calwerstraße mit einem Aufwand von 50 000 Mark. Eine solche Ausgabe ist gegenwärtig ausgeschlossen. Bei dieser Sachlage scheidet nach der Anschauung aller Beteiligten das Sportplatzprojekt aus und es kommt jetzt das Projekt bei der Kesselgrube im Rieß in Frage. Bei einer letzten Sonntag durch den Gemeinderat, die Vereine und sonstige Interessenten vorgenommenen Besichtigung bei gemeinsamem Wasserstand wurde das Projekt allgemein als durchführbar und geeignet anerkannt, was auch bei der heutigen Beratung im Gemeinderat zum Ausdruck kam. Bei den schwierigen Finanzverhältnissen soll das Bad so einfach als möglich gestaltet und die Kosten wesentlich reduziert werden. Schließlich stimmte der Gemeinderat grundsätzlich der Errichtung des Sonnen- und Flußbades zu, wenn die Baukosten nicht mehr als 5000 Mark betragen und die besonders interessierten Kreise mindestens ein Drittel davon aufbringen. Das Stadtbauamt wird beauftragt, das Projekt im einzelnen auszuarbeiten, die Konzessionspläne zu fertigen, um die Genehmigung bei der zuständigen Behörde alsbald nachzugehen. In der Sitzung lief von Rießereibesitzer Grupp ein Einspruch ein. — Lastkraftwagen. Von der Fa. Benz u. Koch ist der Stadt zur Bewältigung der städt. Fuhren ein Lastkraftwagen angeboten worden. Bei der gegenwärtig gespannten Finanzlage und da die Rentabilität bei den in kleineren Städten vorliegenden besonderen Verhältnissen noch nicht nachgewiesen ist, wird von der Weiterbehandlung der Sache bis auf weiteres Abstand genommen. — Autolinie. Für die Durchführung der neugeplanten Autolinie Nagold-Mödingen-Bondorf im Anschluß an eine Rottenburger Linie Rottenburg-Seeborn-Bondorf ist die Beschaffung eines weiteren Kraftomnibusses durch die Fa. Benz u. Koch nötig. Die Linie wird von der Stadt gemeinsam mit der Gewerbebank und dem Gewerbeverein in gleicher Weise unterstützt wie die Rebringer

Linie. — Sonstiges. Der Ver. Lieder- und Sängerverein hat vier städtische Anteilsscheine am Konzertsitzgel zu je 20 Mark ausgelöst. In Würdigung der musikalischen Bedeutung und der Leistungen des Vereins wird auf Vergütung verzichtet. — In letzter Zeit ist in der Stadt ein Ortsausflug für Leibesübungen gebildet worden, in dem auch die Stadt neben den Schulen vertreten ist. — Wohnungsangelegenheiten und weitere kleinere Gegenstände wurden noch erledigt. — Bei der Beratung über einen besonderen Fall in nichtöffentlicher Sitzung zeigte sich, daß einzelne Wirte bei der Verabreichung von Getränken an Betrunkene nicht die gebotene Zurückhaltung sich auferlegen. In einer Zeit, wo über die Frage des Gemeindebestimmungsrechts soviel diskutiert wird, sollte jeder Wirt sich seiner Pflicht gegenüber Betrunkene bewußt sein. Wenn dies in Zukunft nicht der Fall wäre, müßte die Polizeibehörde das Konzeptionsverfahren einleiten.

Gehingen, 29. April. (Die Eröffnung der Postautolinie—Unfall.) Seit Montag ist die neuerrichtete Postautolinie Gehingen-Ehningen im Betrieb. Der Autoomnibus, welcher bei seiner ersten Fahrt von hiesigen Jungfrauen mit Guirlanden geschmückt war, fährt täglich zweimal nach Ehningen. — Vor einigen Tagen verunglückte der in den sechziger Jahren stehende Landwirt Friedrich Gehring dadurch, daß er in der Scheune aus beträchtlicher Höhe abstürzte. Er mußte ins Bezirkskrankenhaus verbracht werden. Die erlittenen Verletzungen waren aber so schwer, daß er in der darauffolgenden Nacht gestorben ist.

Stuttgart, 1. Mai. (Neues von der Hauptstadt.)

Ernennung. Die erste Stadtpfarrstelle an der Leonhardskirche ist dem Missionsdirektor Dippe in Basel übertragen worden. Der neue erste Stadtpfarrer an der Leonhardskirche ist am 2. Juni 1888 in Widdern geboren. Er war zuerst Stadtpfarrer in Marbach dann — von 1902 bis 1910 — 3. Stadtpfarrer an der Stuttgarter Stiftskirche und wirkte ferner am Missionshaus in Basel.

Polizeistunde bis 1 Uhr. Das Polizeipräsidium hat die Polizeistunde für den Stadtbezirk Stuttgart vom 1. Mai bis 15. Oktober für alle Tage auf 1 Uhr nachts festgesetzt.

Frühlingslingen. Einem alten Schwäbischen Brauche folgend, findet am nächsten Sonntag vormittag 11 Uhr auf zahlreichen Plätzen auf Anregung des Vorsitzenden des Schwäbischen Sängerbundes das Frühlingslingen („am den Graben lingen“) statt. Die Stuttgarter Gefangenenvereine wollen damit der Bevölkerung bei einem Spaziergange in dem prangenden Lenze eine Seite ihrer Bestrebungen zeigen, die Pflege des Gedankens an die Heimat.

Erwerbslosenfürsorge. Am 27. April 1926 waren 6083 männliche und 1741 weibliche, zusammen 7824 Unterstützungsempfänger vorhanden.

Erstlingen, 30. April. (Die Tat einer Wahninnigen.) Die Frau eines Arbeiters warf wahrscheinlich in einem Moment geistiger Umnachtung ihr etwa 6 Wochen altes Kind, nachdem sie es vorher in eine Windel gewickelt hatte, in den Abort. Da das Kind im Rohr stecken blieb, konnte es durch Bewohner des oberen Stockwerkes, die durch das Geschrei aufmerksam geworden waren, gerettet werden.

Zur Vereinfachung der württ. Bezirksverwaltungen

Stuttgart, 28. April. Die „Süddeutsche Zeitung“ nimmt im Sinne des Staatspräsidenten Basile zur Frage der Vereinfachung der württ. Bezirksverwaltungen Stellung und erörtert dabei die Vorteile und Nachteile der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten. Sie betont dabei, daß die Anknüpfung an ein allgemeines Problem erst dadurch wird, daß die meisten Amtsförperschaften für die Aufgaben der Selbstverwaltung sehr zu klein und damit auch zu teuer geworden sind. Nicht von den Oberamtsbezirken, sondern von den Amtsförperschaftsbezirken muß man deshalb ausgehen. Das Blatt erörtert in der Zusammenfassung mehrerer Amtsförperschaftsbezirke zu einem Selbstverwaltungsbezirk die beste Lösung. Zum Stich für die Leitung der staatlichen und der Selbstverwaltung einander sich am besten die Mittelpunkte des Verkehrs und der Wirtschaft. Deren gibt es in Württemberg etwa 15—20. Um diese Mittelpunkte herum soll der neue Bezirk in der Weise gebildet werden, daß man 3—4 Oberamtsbezirke ohne Grenzänderungen zusammenlegt. Die bisherigen Oberämter könnten entweder gleichzeitig aufgehoben werden, oder man kann in den bisherigen Oberamtsbezirken eine staatliche Verwaltung mit eingeschränkter Zuständigkeit und eingeschränkter Beamtenzahl lassen, solange dies zweckmäßig erscheint. Diese Beamtungen wären grundsätzlich nur mit Amtsmännern zu besetzende Außenstellen des Oberamts. Das Schwergewicht der staatlichen Bezirksverwaltung und die Leitung der Amtsförperschaft würde in den neuen Mittelpunkt verlegt werden. Damit bekämen wir vor allem durchaus lebensfähige Selbstverwaltungsbezirke. Eine Vermengung von Oberamtsverwaltung wäre nicht nötig, da die Vermengung einfach unannehmbar wäre. Diese Verwaltungsgebiete wären dann so groß, daß es sich lohnt, die Verwaltung durch die Zustellung mit Kraftwagen beweglich und Zeit ersparen zu machen und ihr jeweilige Beamte zu stellen, daß alle Vorteile der Arbeitsteilung ausgenutzt werden könnten. Auf die Dauer könnten größere Ersparnisse erzielt werden als bei den anderen Regelungen, weil bei dem Umhang der Bezirke für Staat und Amtsförperschaft alle Vorteile der Arbeitsteilung und des größeren Betriebes ausgenutzt werden könnten; man denke nur an Oberamtsstellen, Zugendämter, Bezirksfürsorgestellen usw. Die größeren Bezirke und damit die größeren Aufgaben würden die ganze Verwaltung günstig beeinflussen. Die Erfahrungen, die andere Länder mit großen Bezirken gemacht haben (die neuen Oberamtsbezirke würden etwa 150 Gemeinden umfassen) ermutigen zur Nachahmung. Auf diese Weise verläßt man nicht bewährte württembergische Einrichtungen, sondern vergrößert auf dem einfachsten Wege die bisherigen Bezirke entsprechend den Verwaltungsmöglichkeiten und Bedürfnissen, die das Zeitalter der Industrie, der Technik und des Verkehrs geschaffen hat.

Samstag, den 1. Mai
abends 8 Uhr

Lichtspiele im grünen Baum Altensteig

Sonntag, den 2. Mai
nachmittags 4 Uhr
abends 8 Uhr

Treue um Treue

ein Tier-Film
in 6 Akten, sowie

„Er“ auf der Fuchsjagd Lustspiel.

Jugendliche haben Zutritt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenfeuche.

Die Maul- und Klauenfeuche in den Gemeinden Stammheim und Neuhengstett O. Calw ist erloschen.

Die anlässlich dieser Seuchenfälle getroffenen seuchenpolizeilichen Maßregeln werden daher mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Nagold, den 30. April 1926.

Oberamt: Dr. Merkt, Amtmann.

Gewerbeschule Altensteig.

Schüler-Aufnahme: Sämtliche gewerbe- und fortbildungspflichtige Knaben des neuen Jahrgangs haben sich am Dienstag, den 4. Mai nachmittags 5 Uhr im unteren Schulhaus (Saal von Oberl. Schwarz) zur Anmeldung und Aufnahme einzufinden. Bleistift und Notizblatt mitbringen.

Stundenplan betr.: Herr Oberlehrer Schwarz erteilt seinen Unterricht im Sommerhalbjahr an Kl. II Montag 5-7 Uhr, an Kl. III Donnerstag 2-4 Uhr.

Der Schulvorstand.

Altensteig-Stadt.

Die freiwilligen Invalidenversicherungs-Beiträge

für die Monate März und April sind am Montag, den 3. Mai 1926, vormittags 7-12 Uhr auf der Stadtpflege zu entrichten.

Stadtpflege.

Erholungsfürsorge

Das Bezirkswohlfahrtsamt hat im Juni und Juli 5 Plätze im Solbad Sulz und 10 Plätze im Solbad Jagstfeld; außerdem im August und September 10 Plätze im Kindererholungsheim Lindensitz bei Gmünd. Anmeldungen von erholungsbedürftigen Kindern werden bis 15. Mai, Samstag von 7-12 Uhr im Jugendamt entgegengenommen, wo auch alles Nähere über Kosten usw. zu erfahren ist. Falls die Kinder nicht privatärztlich untersucht werden auf eigene Kosten, (Zeugnisformulare auf dem Jugendamt zu haben) können dieselben sich in der Sprechstunde des Herrn Oberamtsarztes, am Montag, den 3. Mai oder 7. Juni, zwischen 2 und 4 Uhr im Bezirkskrankenhaus Nagold einfinden.

Nagold, den 1. Mai 1926.

Bezirkswohlfahrtsamt.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf der Kartung Grömbach belegenen, im Grundbuch von Grömbach Blatt 204, Abt. 1 Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 10, 11, 18, 19, 20, 22, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Matthäus Wäder, Bauern und dessen Ehefrau Marie Wäder geb. Reinschler in Grömbach, Gesamtgut der allgemeinen Gütergemeinschaft eingetragenen Grundstücke

- Geb. Nr. 85 und 91 3 ar 86 qm Wohn- und Oekonomiegebäude mit Hofraum unten im Dorf, gemeinderätlicher Anschlag 8800 M.
- Parz. Nr. 58 25 ar 86 qm Baum- und Gemüsegarten unten im Dorf, Anschlag 1700 M.
- 5 Parzellen zus. 5 ha 56 ar 35 qm Acker und Wiese, Anschlag 11 500 M.
- 5 Parzellen zus. 5 ha 43 ar 95 qm Nadelwald und Weg, Anschlag 5 250 M.

am Dienstag, den 4. Mai 1926, vormittags 8 Uhr auf dem Rathaus in Grömbach versteigert werden.

Pfalzgrafenweiler, den 15. März 1926.

Kommissär: Bezirksnotar Feide.

Verkauf aller Reste

von Freitag, den 30. April bis einschl. Samstag, den 8. Mai

Ein Posten Sommerjoppen aussergewöhnlich billig

bei Reinhold Hayer, Altensteig.

Altensteig.

Am Sonntag, 2. Mai, nachm. 5 Uhr wird Herr Oberschulrat Dr. Rosapp von Stuttgart im Gemeindehaus einen

Vortrag

halten über:

„Bedrängnis u. Hoffnung der evang. Kirche“.

Dieser wird freundlich eingeladen

J. A.: Stadtpfarrer Hortlacher.

Ihren Schieß-Bedarf

decken Jäger, Vereine und Private

am vorteilhaftesten bei

Lorenz Luz jr., Altensteig

Tel. 46.

Wir empfehlen preiswert:

Fußbodenriemen

in den geeignetsten Holzarten, wie deutsche und nordische Kiefern und Pitsch-Pine in jeder gewünschten Länge, gut trocken.

Täferbretter

Buchenhölzer

bester Qualität, gedämpft und ungedämpft in allen Stärken.

Brennholz

lang und ofenfertig, im Ort vorr. Haus geliefert.

Gebr. Theurer,

Altensteig/Nagold.

Sieben junge

Hühner

hat zu verkaufen

Daniel Stikel,
Fabrikarbeiter, Altensteig.

Montag

werden wieder Federn gereinigt, ich bitte um Voranmeldung zwecks Stundeneinteilung, damit möglichst darauf gewartet werden kann und niemand die Bettstöße über Nacht entbehren muß.

Reinhold Hayer, Altensteig

Auch die Klebe

Anzeige

hat
Erfolg.

Kirchliche Nachrichten.

5. Kantate, 2. Mai, Vormittagsgottesdienst um 1/10 Uhr mit Predigt über Offenb. 3,7-13: Halte was du hast. Lied 250 231. Nachher Kindergottesdienst. Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre mit den Töchtern. Nachm. 5 Uhr Vortrag im Gemeindehaus über Bedrängnis und Hoffnung der evangelischen Kirche. Abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde

Am Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Lutherkaal.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 2. Mai 1926, vormittags 1/10 Uhr Predigtgottesdienst, vormittags 11 Uhr Sonntagschule, abends 8 Uhr Predigtgottesdienst.

Mittwoch, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.



MAI 1926

Im Mai, im schönen Maien
Hab ich viel noch im Sinn.

Ausreichende Mittel sind die Grundlage jeder Unternehmung. Diese Mittel schafft man durch Sparen, mit dem frühzeitig begonnen werden sollte. Deshalb, jedem Kinde eine Heimsparkasse!

(Unentgeltlich teilweis zu haben)

Württ. Landessparkasse

gegründet 1884
Öffentliche Ersparnis- und Kreditanstalt
mit Girokasse, Bank- und Börsenabteilung
Kanzleistr. 25 Stuttgart b. Stadtgarten
650 Zweigstellen im Lande

Pfalzgrafenweiler, den 30. 6. 26.

Danksagung.

Während der Krankheit und beim Heimgang unserer lieben Gattin und Mutter

Marie Groß

haben wir von allen Seiten viele herzliche Liebe und Teilnahme erfahren dürfen. Die vielen Beileidskundgebungen und Kranzspenden, das überaus große Trauer-Geleite, sowie der ehrende Nachruf des Herrn Pfarrers Krumm geben uns die Gewißheit, daß alle, die unsere Mutter gekannt haben, unser Leid mit uns fühlen und tragen. Wir danken dafür herzlich. Besonderen Dank dem Liederkranz unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Bauer für den erheben-den Gesang.

Familie C. Groß.

Käse billiger!

- Deutsch Holländer per 9 Pfd. Mk. 4,20
- Holl. Tafelkäse (Edamer Art) " " " 4,40
- Holl. Tischkäse (Delikatess-Käse) " " " 5,20
- Deutsch Edamer (prima Qualität) " " " 5,20

Alles frei Haus gegen Nachnahme.

Otto Danne, Riefegradweg, Hamburg 21, A 74.



Laufsport stärke
Fuß und Waden
Hühneraugen-
Kandidaten
Sollten, ehe sie
trainieren,
sich mit LEBEWohl kurieren!

Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl für die Zehen und Lebewohl-Ballschellen für die Fußsohle, Blechlöss (8 Pflaster) 75 Pfg., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei:

F. Schlumberger, Schwarzwald-Drogerie Altensteig.

